

Datum:	29.10.2009
Redner:	Marco Brunotte
Thema:	Zweite Beratung: b) Chancen des Wandels nutzen - Wohnraumförderung des Landes zeitgemäß ausrichten - Antrag der Fraktion der SPD - Drs. 16/1511 - Beschlussempfehlung des Ausschusses für Soziales, Frauen, Familie und Gesundheit - Drs. 16/1763

Marco Brunotte (SPD):

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Was lange währt, wird endlich gut. Wir haben lange auf das Gesetz gewartet. Der Landtag hat mehr als einmal die Landesregierung aufgefordert, endlich den Entwurf eines Wohnraumförderungsgesetzes vorzulegen und die Möglichkeiten und Gestaltungsspielräume, die die Föderalismusreform Niedersachsen gibt, zu nutzen. Nun liegt der Gesetzentwurf in zweiter Lesung vor. Doch erfüllt es die Erwartungen?

Wir haben mit unserem Entschließungsantrag „Chancen des Wandels nutzen - Wohnraumförderung des Landes zeitgemäß ausrichten“ unsere Vorschläge vorgelegt, unsere Ideen eingebracht. Von daher haben wir es nicht für erforderlich gehalten, einen Änderungsantrag zum Gesetzentwurf der Landesregierung zu stellen, zumal die Beratungen eine gewisse Resistenz in bestimmten Bereichen gezeigt haben.

Von daher haben wir uns das dann gespart.

Der von der Landesregierung vorgelegte Gesetzentwurf erfüllt unsere Vorstellungen nicht, und deswegen werden wir ihn ablehnen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, Ich möchte Ihnen anhand von vier Punkten darstellen, weshalb wir den Gesetzentwurf der Landesregierung ablehnen.

Erstens: falsche Schwerpunkte. Der vorgelegte Entwurf eines Wohnraumförderungsgesetzes führt eine unscharfe Förderkulisse des Landes weiter. Wir sehen zwei Schwerpunkte für die zukünftige Förderung:

Der erste Bereich ist der barrierefreie Wohnraum, besonders für Familien, Menschen mit Behinderung und ältere Menschen.

Der zweite Bereich sind die energetischen Sanierungen des Bestandes. Wir setzen hier nicht größtenteils auf den Neubau, sondern wollen im Bestand sanieren, um unter ökologischen Aspekten zur CO₂-Minimierung beizutragen und auch um bezahlbaren Wohnraum darstellen zu können. Für viele Menschen in Niedersachsen ist die „zweite Miete“ mittlerweile zu einer deutlichen Belastung geworden, vor allem durch gestiegene Heizkosten, die sie nur schwer tragen können. Hier besteht politischer Handlungsbedarf.

Aber auch der Erhalt stabiler Wohnumfelder, gemeinschaftliches und genossenschaftliches Wohnen müssen als weitere Themenfelder der Zukunft ihren Niederschlag finden.

Zweitens: Ausweitung der Fördergrenzen bei gleichbleibenden Fördertöpfen. Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir begrüßen, dass eine Anhebung der Einkommens- und Mietobergrenzen erfolgt ist, auch wenn sie erst auf Druck der Öffentlichkeit und durch die Anhörung im

Sozialausschuss zustande gekommen ist. Wir können uns hier dem Deutschen Mieterbund, dem Verband der Wohnungswirtschaft u. a. anschließen, die eine Anpassung der Obergrenzen gefordert haben. Doch der Entwurf der Mehrheitsfraktionen bleibt hier deutlich hinter den Forderungen der Fachverbände zurück.

Wir haben ein weiteres Problem im Bereich der Wohnraumförderung, wenn wir auf die Fördertöpfe schauen. In diesem Jahr waren sämtliche Programme bereits ab Mai belegt. Der Bedarf ist groß, die Menschen in Niedersachsen sind besonders für den Bereich energetische Sanierung sensibilisiert. Wer aber die Anzahl der Berechtigten erhöht und gleichzeitig die Fördertöpfe nicht anpasst, der verringert insgesamt die Anzahl der Menschen, die gefördert werden können. Wir möchten mehr Niedersachsen in die Wohnraumförderung bekommen und werden dementsprechende Anträge auch für den nächsten Landeshaushalt stellen.

Drittens. Was kommt 2013? Was passiert, wenn die Bundesförderung ausläuft? - Schon jetzt ist klar, dass der Wohnraumförderfonds diese Mittel nicht wird kompensieren können. Von daher ist das Land gefordert, die bisherige Praxis, nämlich keinen einzigen Cent in die Wohnraumförderung zu stecken, zu beenden. Wir brauchen einen Wohnraumförderfonds, der auch auf die Zukunft ausgelegt ist, der verlässliche Planungszeiträume und Rahmenbedingungen für Investoren, Vermieter und Mieter vorgibt, vor allem in Niedersachsen. Hier sehen wir die Landesregierung in der Pflicht.

Viertens: die neue Bundesregierung. Meine sehr geehrten Damen und Herren, die Menschen in Deutschland fragen sich, welche Belastungen auf sie in den nächsten Monaten und Jahren durch die neue schwarz-gelbe Bundesregierung zukommen. Welche zusätzlichen Belastungen tragen dazu bei, dass Familieneinkommen zusammenschmilzt und finanzielle Möglichkeiten für Wohnraum und Wohnen somit deutlich minimiert werden? - Perspektiven auf einen sicheren Arbeitsplatz werden sich durch Änderungen beim Kündigungsschutz und den Ausbau von Zeitarbeit verschlechtern. Die Menschen werden zusätzliche Kosten durch die Entsolidarisierung der Pflegeversicherung zu spüren bekommen und vieles mehr. Von Entlastungen unter dem Strich keine Spur, zumindest nicht bei denen, die auf die Wohnraumförderung angewiesen sind.

Eine Frage bleibt hier im Raum stehen: Wann kommt die steuerliche Mehrbelastung von kommunalen Unternehmen? Wie hoch wird der Anstieg der Gebühren für Abwasser und Müllentsorgung? - Der Deutsche Mieterbund hat hier deutliche Worte gefunden und durchgerechnet, dass die Pläne von CDU/CSU und FDP, wenn sie zum Tragen kommen, für die Mieter in Deutschland im Schnitt 150 Euro Mehrbelastung bedeuten würden. Franz-Georg Rips, der Präsident des Deutschen Mieterbundes, findet hierzu deutliche Worte. Statt die Bürgerinnen und Bürger wie versprochen zu entlasten, drohen jetzt erhebliche Mehrkosten.

Ich will zusammenfassen: Hilfreich, aber nutzlos - so hat der Gesetzgebungs- und Beratungsdienst weite Teile des Gesetzes kommentiert. Wir meinen: ein Gesetz ohne klare Kante und Perspektive, diffus in den Förderkriterien und drastisch unterfinanziert, mit erheblichen Risiken für die Zukunft. Große Teile der Steuerung der Fördermittel sollen mit Verwaltungsvorschriften erfolgen.

Der vorgelegte Gesetzentwurf hat die Erwartungen der Fachszene und der Menschen in Niedersachsen bei Weitem nicht erfüllt. Der Gesetzentwurf zeigt aber eines ganz deutlich - und das nicht nur an der Stelle, dass Herr Matthiesen hier seinen Einsatz verpasst hat -, er zeigt, welche Bedeutung die Wohnraumförderung für CDU und FDP hat: eine untergeordnete. Ein saft- und kraftloser Vorgang, wie leider so vieles aus der Feder von Frau Ross-Luttmann!

Meine sehr geehrten Damen und Herren, Sie werden Ihr Gesetz heute beschließen. Wir finden den Vorschlag von Herrn Adler, in eine dritte Runde zu gehen, um nicht nur den Antrag der Grünen ausreichend beraten zu können, sehr sympathisch. Für die SPD-Landtagsfraktion ist das Thema heute nicht beendet. Wir werden uns auch in Zukunft für ein Recht auf Wohnung, für menschenwürdige und bezahlbare Wohnverhältnisse für alle Menschen, für einen nachhaltigen und energetischen Umbau der Wohnwirtschaft im Bestand und für lebenswerte Wohnumfelder einsetzen.

Vielen Dank.

(Auf eine Kurzintervention dazu:)

Marco Brunotte (SPD):

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr Matthiesen, man kann darüber streiten, ob Ihr Gesetz schlank oder eher dünn und sehr übersichtlich ist. Wenn wir als Parlament uns hier mit einem Wohnraumfördergesetz auseinandersetzen, ist es unseres Erachtens gutes Recht dieses Parlaments, dann auch all das zu regeln, was geregelt werden muss, und nicht Teile mit Verwaltungsvorschriften am Parlament vorbei zu regeln. Hier sehen wir den Parlamentarismus anders.

Zum Wohnraumförderfonds, Herr Matthiesen: Ich kann ja nachvollziehen, dass der Wohnraumförderfonds grundsätzlich eine gute Sache ist, sofern eines nicht eintritt, was Sie in der Vergangenheit leider schon bewiesen haben, dass Sie nämlich die Mittel der LTS nutzen, um den Haushalt zu konsolidieren. Sie haben diese Mittel verbrieft und verkauft und das Land somit um die Steuerungsmöglichkeit gebracht.

Von daher müssen Sie einfach akzeptieren, dass unser Vertrauen in Sie in diesem Bereich relativ gering ist, weil wir befürchten, dass bei der nächsten Krise, die der Haushalt zu verkraften hat, Herr Möllring Frau Ross-Luttmann wieder in die Tasche greift und diese Wohnraumfördermittel in Höhe des Fonds herauszieht und anderweitig nutzt.

Dieser Fonds müsste aber auch entsprechend gefüllt sein. Wir können jetzt darüber streiten, ob es eine tolle Sache ist, dass im Mai alle Programme belegt sind. Vielleicht zeigt das auch, dass die finanziellen Mittel des Landes stark unterrepräsentiert sind und hier mehr Geld erforderlich wäre, um den tatsächlichen Bedarf zu decken. Das bedeutet, dass wir in Zukunft über die Ausstattung dieses Fonds werden diskutieren müssen.